

Großdemonstrationen gegen Rechts

In den vergangenen Wochen fanden in Deutschland mehrere Großdemonstrationen gegen Rechts mit Hunderttausenden Teilnehmer:innen statt. Am 26. Jänner gab es auch in mehreren österreichischen Städten Großdemonstrationen gegen Rechts. In Wien waren es laut Veranstalter 80.000 Teilnehmer:innen, die Polizei sprach von 30.000. Vorausgegangen waren diesen Demonstrationen ein bekannt gewordenes Treffen führender europäischer Politiker:innen und Aktivist:innen der extremen Rechten, sowie sie unterstützenden CDU-Politikern und Wirtschaftsvertretern in der Nähe von Potsdam. Bei diesem Treffen, wo auch unter anderem Martin Sellner, Chef der österreichischen Identitären, ein Verein der Neuen Rechten, anwesend war, wurden mutmaßlich Pläne zur Remigration, sprich Außerlandesbringung von als unzureichend integriert klassifizierten Migrant:innen in nicht näher definierte Gebiete in Nordafrika diskutiert. Während Politiker:innen der rechtsgerichteten deutschen Partei AfD (Alternative für Deutschland) in der Folge bemüht waren, die an die Öffentlichkeit geratenen Gerüchte zu relativieren, kamen von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) keine, beziehungsweise kaum distanzierende Statements. Andere österreichische Parteien interpretierten die Proteste hingegen als Bestätigung ihrer eigenen Politik sowie ihrer Gegenposition zur FPÖ, besonders deren Chef Herbert Kickl. Was in der Debatte aber völlig fehlte, waren brauchbare Konzepte zur Verhinderung einer weiteren Spaltung der Gesellschaft, und damit einem weiteren Zustrom zu rechtsgerichteten, beziehungsweise rechtsextremen Parteien nichts entgegengesetzt. Demonstrationen wie die vom 26. Jänner dienen nicht als Selbstzweck, sind nicht nur Ausdruck kollektiver Unzufriedenheit. Sie sind Aufforderung an die Politik zur Bekämpfung von Hetze und gesellschaftlichen Spaltungsversuchen. Anstatt bestimmte Personengruppen wie Arbeitslose oder Flüchtlinge zu kollektiven Feindbilder zu erklären und das jeweilige politische Programm an der weiteren finanziellen und bürokratischen Belastung dieser Personengruppen auszurichten, muss die Politik jetzt vielmehr Konzepte ausarbeiten und umsetzen, welche geeignet sind, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und eine weitere gesellschaftliche Entsolidarisierung mit sämtlichen negativen Begleiterscheinungen, wie etwa zunehmende Prekarisierung und Perspektivenlosigkeit, und in weiterer Folge eine Zunahme an Kriminalität und kollektivem Verlust gesamtgesellschaftlicher Lebensqualität zu verhindern.

Der Aufstieg von Jörg Haider als Chef der FPÖ welcher sich spätestens seit Anfang/Mitte der 1990er Jahre auch

signifikant in Wahlergebnissen niederschlagen begonnen hat, ist untrennbar mit dem Zusammenbruch des Ostblocks, den Geschehnissen des Jugoslawienkrieges und der daraus resultierenden Fluchtbewegung, unter anderem auch nach Österreich, und dem damit einhergehenden Wiedererstarken von offenem Rassismus verknüpft. Die ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP taten wenig bis nichts, um dieser Entwicklung, um den Ressentiments innerhalb der Bevölkerung, entgegenzutreten, sondern überließen diese Aufgabe wie auch 30 Jahre später der Zivilgesellschaft; Stichwort Lichtermeer.



Auch wir beteiligten uns an der Demonstration vor dem Parlament in Wien und verteilten Flugblätter.

Wirtschaft und die ihren Interessen dienenden Politiker, Parteien und Medien, nutzen und nutzen bis heute diese Situation, um billige Arbeitskräfte als Lohndrücker ins Land zu holen und finanzieren und finanzieren gleichzeitig die FPÖ und Rechtsradikale, die dann gegen „Ausländer“ Stimmung machten und machen. Erst jüngst hat Wirtschaftskammerpräsident Mahrer FPÖ-Chef Kickl gelobt und sich auch für eine Koalition mit Kickl ausgesprochen. Ein übles Spiel mit verteilten Rollen. Gewinner sind Industrie, Medien und bestimmte Politiker, Verlierer sind sowohl die ausländischen Arbeitskräfte und Flüchtlinge als auch der Rest der Bevölkerung. Wir sollen uns gegenseitig den Schädel einschlagen, so Lohndruck, Arbeitsdruck, steigende Arbeitslosigkeit und Armut hinnehmen, während die Wirtschaft, die Konzerne, Bosse, Politikapparate und Medien, die Reichen von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr von dieser Ausspielerei und Hetze profitieren und reicher und reicher werden.

HINWEIS:

23. März 2024, 14:00: Großdemonstration gegen Rechts zum UN-Tag gegen Rassismus

Treffpunkt: Platz der Menschenrechte, Mariahilfer Straße 1, 1070 Wien

Wer mit uns hingehen und beim Flugblattverteilen helfen will gibt uns dies bitte bekannt unter:

ggae@gmx.at, Kennwort: Demo 23. März



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 1

*

solidaritaet@gmx.at

*

Februar 2024
